



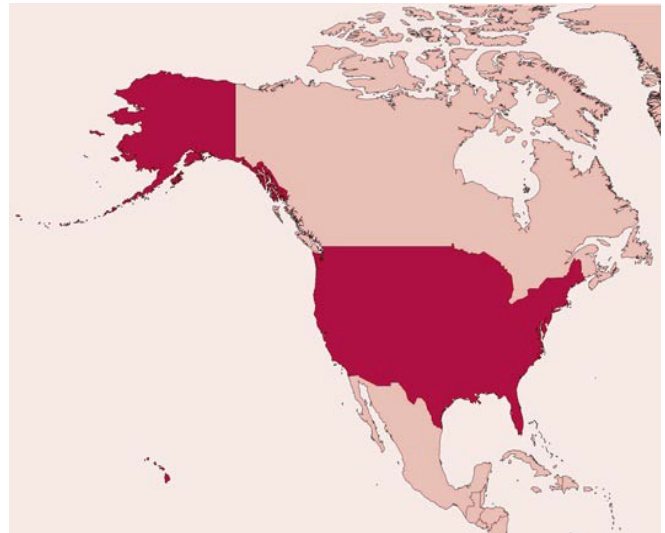
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

Einleitung

Die USA gelten als das Einwanderungsland schlechthin. Seit über zweihundert Jahren kommen Einwanderer ins Land. Heute ist die Einwanderung durch große Vielfalt gekennzeichnet: Die USA ziehen jährlich zahlreiche Personen mit unterschiedlichen sozialen und ethnischen Wurzeln und verschiedenem Bildungshintergrund an.

Während die Einwanderer ursprünglich vor allem Europäer waren, stammt heutzutage die Mehrheit aus Lateinamerika. Die Zuwanderung ist vor allem in der Familienzusammenführung und Arbeitsmigration begründet, Flüchtlinge sind zahlenmäßig weniger bedeutend.

Gegenwärtig steht Einwanderung sowohl für eines der grundlegenden Merkmale im Selbstverständnis der Vereinigten Staaten als auch für eine politische Kontroverse. Seit den



Terroranschlägen vom 11. September 2001 spielt die Sicherheit des Landes eine immer wichtigere Rolle, ebenso die Debatte über irreguläre Einwanderung. Das vorliegende Länderprofil bietet zunächst einen Überblick über die langfristige Entwicklung der Einwanderung in die USA, um dann einige aktuelle Aspekte näher zu betrachten.

Eingangs sollte jedoch betont werden, dass die Vereinigten Staaten in der Einwanderungsdebatte – was die Grundsätze betrifft – deutlich weniger gespalten sind, als es gegenwärtig den Anschein hat. Der Stolz, eine Einwanderernation zu sein, ist ungebrochen und die überwältigende Mehrheit befürwortet zwar politische Reformen hin zu einer strengeren Anwendung der Gesetze, aber gleichzeitig auch den Zugang zu einem legalen Aufenthaltsstatus für jene, die sich bereits in den USA aufhalten.

Geschichte der Einwanderung

Die Einwanderung in das Gebiet der heutigen USA begann mit der Ankunft der ersten Siedler im 16. Jahrhundert. Die erste Hauptphase der Zuwanderung, die mit der Besiedlung der USA einsetzte und bis etwa 1880 andauerte, war geprägt von der Ankunft von Einwanderern aus Nordeuropa, insbesondere aus England, Deutschland und Irland. Während der zweiten Massenzuwanderungsphase zwischen 1880 und 1920 kam die Mehrheit der Einwanderer aus süd- und osteuropäischen Ländern wie Italien, Polen oder Russland. Gleichzeitig setzte die Zuwanderung aus Mexiko und Japan ein. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die Verabschiedung mehrerer restriktiver Zuwanderungsgesetze in

Hintergrundinformationen

Hauptstadt: Washington D.C.

Amtssprache: *de facto* Englisch; *de jure*: keine

Fläche: 9.826.675 km²

(im Vergleich Deutschland: 357.121 km²)

Bevölkerungszahl (Juli 2012): 313.930.180

Bevölkerungsdichte (2010): 87,4 Einwohner je km²

Bevölkerungswachstum (2011): 0,899%

Erwerbsbevölkerung (2010): 64,7%

Anteil im Ausland geborener Bevölkerung (2010): 12,9%
(ca. 40 Mio. Personen)

Anteil im Ausland geborener Erwerbstätiger an allen Erwerbstätigen (2011): 15,9%

Arbeitslosenquote: 9,0% (2011), 9,6% (2010)

Religionen (2007): Protestanten 51,3%, Katholiken 23,9%, Mormonen 1,7%, andere christliche Gemeinschaften 1,6%, Juden 1,7%, Buddhisten 0,7%, Muslime 0,6%, andere Religionen oder nicht weiter spezifiziert 2,5%, konfessionslos 12,1%

den Jahren 1917, 1921 und 1924, die insbesondere auf die Beschränkung der Migration aus Asien sowie Süd- und Osteuropa zielten, beendeten die massenhafte Zuwanderung in die USA. Diese setzte erst wieder nach der Abschaffung der nationalen Herkunftsquoten 1965 und mit einer zunehmenden globalen Wirtschaftsintegration ein. Heute stammen die Zuwanderer vor allem aus Lateinamerika, Asien und der Karibik.

Entwicklung der Einwanderungspolitik

Gesetzgebung bis 1980

Auf der Grundlage der Quotenregelung von 1921 wurde im Einwanderungsgesetz von 1924 die Zuwanderungsrate auf 150.000 Personen pro Jahr festgelegt und ein Quotensystem basierend auf der nationalen Herkunft der Einwanderer eingerichtet, das die Zuwanderung aus den bevorzugten nord- und westeuropäischen Staaten förderte und gleichzeitig die Zuwanderung von »unerwünschten Rassen« aus Ost- und Südeuropa begrenzte. Dieser Effekt wurde dadurch erzielt, dass die Zuwanderungsquoten für einzelne Nationen an die proportionale Zusammensetzung der damaligen US-Bevölkerung gebunden waren. Menschen aus China, Japan, Südasien und zahlreichen afrikanischen Staaten wurden damit von der Einwanderung praktisch ausgeschlossen.¹

Das Einwanderungsgesetz (Immigration and Nationality Act, INA) von 1952 weichte diese Einschränkungen bis zu einem gewissen Grad auf, behielt aber grundsätzlich die Auswahl nach nationaler Herkunft bei. »Rasse« stellte kein Hindernis mehr bei der Einwanderung dar, und allen Ländern wurde eine Mindestquote von 100 Einwanderern zugeteilt. Darüber hinaus wurde ein Auswahlssystem eingeführt, das Einwanderer mit gefragter Ausbildung ebenso bevorzugte wie Verwandte von US-Bürgern bzw. von Personen mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus.

Mit einer Gesetzesnovelle von 1965 wurde die Auswahl nach Nationalitäten endgültig abgeschafft und damit der Weg für eine umfangreichere Zuwanderung aus Asien, Lateinamerika und auch Süd-Europa geebnet. Die Höchstgrenzen wurden nach Weltregionen festgelegt und ein Präferenz-System aufgestellt, in dem nach sieben verschiedenen Kategorien Visa ausgestellt wurden. Demzufolge wurden Visa in der Reihenfolge der eingehenden Anträge erteilt, sowohl für Verwandte von US-Bürgern als auch für Bewerber, die Kenntnisse oder eine Ausbildung mitbrachten, die in der US-Wirtschaft nachgefragt wurden.

Gesetzgebung seit 1980

Inmitten einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit, die geprägt war von ungleichen Einkommensverhältnissen, stagnierenden Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit, verkündete Ronald Reagan 1985, dass die USA die Kontrolle über ihre Grenzen aufgrund einer »Invasion« von irregulären Einwanderern verloren hätten. Damit erhob er die Einwanderung zu einer Frage der nationalen Sicherheit.² Das Gesetz zur Reformierung und Kontrolle von Zuwanderung (Immigration Reform and Control Act, IRCA) von 1986 entsprach diesem

neuen Sicherheitsbedürfnis in vier Kernpunkten: die Kontrollmaßnahmen entlang der Grenze zu Mexiko wurden verschärft; eine Sanktionierung von Arbeitgebern wurde eingeführt, um vor der Beschäftigung von Schwarzarbeitern abzuschrecken; Personen, die sich bereits längere Zeit undokumentiert im Land aufhielten, wurde eine Amnestie angeboten (das Legally Authorized Worker Program, LAW); für Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wurde ein gesondertes Anerkennungsprogramm aufgelegt (das Special Agricultural Worker Program, SAW).

Im Jahr 1990 wurden Maßnahmen im Gesetz verankert, um die Zuwanderung von Fachkräften zu erhöhen. Außerdem wurde von 1995 an die Einwandererzahl auf etwa 675.000 pro Jahr begrenzt. Diese Zahl setzte sich zusammen aus 480.000 Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung ins Land kamen, 140.000 Arbeitsimmigranten und 55.000 so genannten »diversity immigrants« aus Ländern, aus denen nur ein geringer Zustrom zu verzeichnen war.

Auch der Zugang von Einwanderern zu den Sozialsystemen rückte in den 1990er Jahren in den Blickpunkt. Höchst umstritten war die Verabschiedung eines Gesetzesantrags (Proposition 187), mit dem in Kalifornien irregulären Einwanderern der Zugang zu Sozialleistungen wie z. B. medizinischer Versorgung verwehrt werden sollte. Bei diesem Fall aus dem Jahr 1994 handelt es sich nur um den bekanntesten in einer ganzen Reihe von gesetzlichen Maßnahmen gegen irreguläre Einwanderung. In den späten 1990er Jahren erhöhte sich der Druck, hochqualifizierten Einwanderern den Zugang ins Land zu erleichtern, um die boomende Wirtschaft mit Arbeitskräften zu versorgen.

Entwicklungen seit dem 11. September 2001

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 boten neuerlichen Anlass zu einer Reformierung des Zuwanderungssystems. Die Anschläge wurden von nicht-amerikanischen Staatsbürgern auf US-Gebiet verübt, was als Hinweis gedeutet wurde, dass die Zusammenarbeit zwischen Bundesbehörden, Bundespolizei und dem Grenzschutz nicht mehr angemessen funktionierte. Als Konsequenz der Anschläge wurde die Verantwortung für Einwanderung und Grenzschutz im neu geschaffenen Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security, DHS) zusammengeführt. Fragen der Einwanderung und der inneren Sicherheit wurden eng verknüpft im als Patriot Act bekannt gewordenen Gesetz (Provide Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism (PATRIOT) Act), durch das die Vergehen, für die Immigranten abgeschoben werden können, ausgeweitet wurden, und das es erleichtert, nicht-amerikanische Staatsangehörige für lange Zeit in Untersuchungshaft zu nehmen.

Weitere Gesetze folgten, die ebenfalls Maßnahmen zur Kontrolle der Grenzen und zur Bekämpfung von Terrorismus einführten. Obwohl es zahlreiche Versuche gab, das nicht funktionierende Zuwanderungssystem insgesamt zu reformieren, um die wirtschaftliche Nachfrage nach Einwanderern mit Grenzkontrollmaßnahmen und Sicherheitsbedürfnissen in Einklang zu bringen, ist es bislang nicht gelungen, sich auf eine ganzheitliche Reform der Einwanderungsgesetzgebung

(Comprehensive Immigration Reform – CIR) zu verständigen.

Im Jahr 2007 setzte sich der damalige Präsident George W. Bush für eine Gesetzesreform ein, die auch ein Programm zur temporären Arbeitsmigration enthielt, das mehr legale Möglichkeiten der Zuwanderung in die USA schaffen sollte. Seine Reform scheiterte jedoch im Kongress. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2008 versprach Barack Obama, sich während seines ersten Jahres im Amt des Staatsoberhauptes für umfangreiche migrationspolitische Reformen einzusetzen. Ihm gelang es jedoch nicht, diesem Thema höchste Priorität zu verleihen, weil andere Themen wie die Reform des Gesundheitswesens, die Ankurbelung der Wirtschaft und Reformen im Finanzwesen in seinen ersten beiden Jahren im Präsidentenamt im Vordergrund standen. 2010 kippte der Senat den sogenannten DREAM Act (Langform: Development, Relief, and Education for Alien Minors Act). Dieses Gesetz hätte es bestimmten irregulären Migranten, die als Kinder mit ihren Eltern in die USA gekommen sind und das amerikanische Schulsystem durchlaufen haben, erlaubt, einen dauerhaften legalen Aufenthaltsstatus zu erlangen.

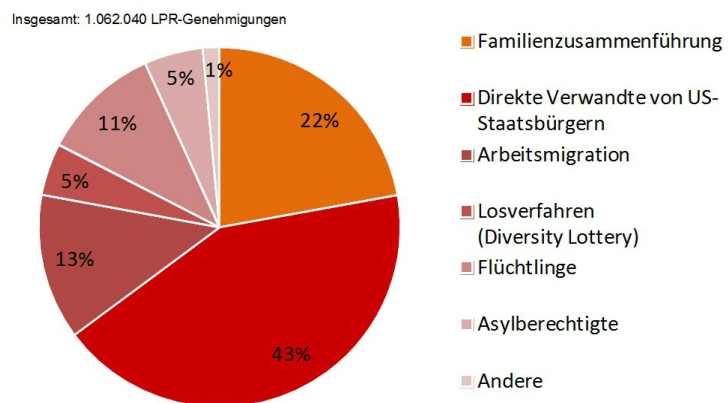
Während die Reform der Immigrationsgesetzgebung auf nationaler Ebene nicht vorangebracht worden ist, haben zahlreiche Staaten die Initiative ergriffen und ihre entsprechende Gesetzgebung reformiert. Vor allem Arizonas 2010 verabschiedete Senatsvorlage (Senate Bill) 1070 sorgte für Schlagzeilen und heftige Diskussionen. Das Gesetz zielt darauf ab, illegale Migranten davon abzuhalten nach Arizona zu kommen und sich dort aufzuhalten. Es gilt als härteste gesetzliche Maßnahme gegen illegale Migranten in den USA. Dem Gesetz zufolge begehen Personen, die ihre Einwanderungspapiere nicht bei sich tragen eine Straftat (Ordnungswidrigkeit). Darüber hinaus schreibt es vor, dass Polizisten im Rahmen von polizeilichen Kontrollen den Einwanderungsstatus der überprüften Person ermitteln müssen. Gegner des Gesetzes kritisierten, dass diese Vorschriften die Diskriminierung ethnischer Minderheiten verstärkten, da das Gesetz die Polizei dazu anhalte, Personen vor allem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu kontrollieren (racial profiling). Noch bevor es in Kraft treten konnte erhob das amerikanische Justizministerium eine Klage gegen das Gesetz mit der Begründung, dass es verfassungswidrig sei. Im Juni 2012 entschied der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) über das Gesetz aus Arizona. Er erhielt die umstrittene Klausel aufrecht, wonach Polizisten gehalten sind, bei Kontrollen den Einwandererstatus zu überprüfen sofern der Verdacht besteht, dass sich die angehaltene oder festgenommene Person illegal im Land aufhält. Gleichzeitig erklärten die Richter des Supreme Court weitere Teile des Gesetzes aufgrund ihrer Unvereinbarkeit mit Bundesgesetzen für verfassungswidrig, wie zum Beispiel die Pflicht, seine Immigrationspapiere stets mit sich führen zu müssen.

Aktueller Stand der Einwanderungspolitik

Nicht-amerikanischen Staatsbürgern kann nach drei Hauptkategorien dauerhaft Aufenthalt im Land gewährt werden: Familienzusammenführung, arbeitsmarktorientierte Einwanderung und Fälle humanitärer Hilfe.

Die Zahl der Menschen, denen jedes Jahr³ ein dauerhafter Aufenthaltsstatus gewährt wird, setzt sich zusammen aus Neuankömmlingen sowie Personen, deren befristete Aufenthaltsgenehmigung in eine unbefristete umgewandelt worden ist. Permanente Einwanderer (Legal Permanent Residents, LPRs, auch bekannt als Inhaber einer »Green Card«) genießen viele Rechte in den USA: sie können unbefristet im Land wohnen und arbeiten, Eigentum erwerben, öffentliche Schulen und Hochschulen besuchen, zum Militär gehen und die US-Staatsbürgerschaft beantragen.⁴ Die Familienzusammenführung stellt bei weitem den häufigsten Zugangsweg dar, über den mehr als die Hälfte der LPRs in die USA gelangt. Die anderen Haupteinwanderungswege führen über die arbeitsmarktorientierte Einwanderung (em-

Abb. 1: Im Jahr 2011 erteilte permanente Aufenthaltsgenehmigungen (LPR-Status) nach Zulassungskategorie



Quelle: Eigene Darstellung der Redaktion basierend auf Department of Homeland Security, Yearbook of Immigration Statistics: 2011

ployment-based immigration), Flüchtlings- und Asylanträge (siehe das Kapitel über Flucht und Asyl) und das so genannte »Vielfaltslotto« (Diversity Lottery, siehe unten).

Familienzusammenführung kommt vor allem für zwei Personengruppen in Frage: direkte Verwandte von US-Staatsbürgern sowie Familienmitglieder, die gemäß den Präferenzkategorien gefördert werden. Die erste Gruppe umfasst Ehegatten und Kinder von US-Staatsbürgern und ist zahlenmäßig unbegrenzt; in der Regel gehören 40% der in einem Jahr zugelassenen LPRs dieser Kategorie an. Die zweite Gruppe teilt sich in vier Präferenzkategorien, von denen drei die Zusammenführung von US-Staatsbürgern regeln und eine weitere den Zugang für Ehegatten und unverheiratete Kinder von Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus (LPRs). Insgesamt sind die Zulassungen in allen vier Präferenzkategorien auf 226.000 bis 480.000 pro Jahr begrenzt.⁵ Darüber hinaus dürfen in keiner Kategorie mehr als 7% der Genehmigungen auf ein einziges Land entfallen.

Ein anderer Weg zur dauerhaften Niederlassung führt über die arbeitsmarktorientierte Einwanderung, die für hochqualifizierte und ungelernete Arbeitskräfte, abgestuft in vier verschiedenen Kategorien, gleichermaßen möglich ist. Meist wird ein konkretes Angebot eines Arbeitgebers vorausgesetzt. In einer fünften Kategorie werden Einwanderungsvisa für Personen ausgestellt, die ein Unternehmen gründen oder in ein Unternehmen investieren wollen. Die Zulassungen für Arbeitskräfte sind auf 140.000 pro Jahr begrenzt, wobei diese Zahl um die Zahl der ungenutzten LPR-Zulassungen für Familienangehörige (falls vorhanden) erhöht werden kann. Hier dürfen ebenfalls nicht mehr als 7% der Genehmigungen auf ein Land entfallen.

Tabelle 1: Zahl der Personen, die in den Jahren 1995-2011 eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erhielten

Jahr	Zahl
1995	720.177
1996	915.560
1997	797.847
1998	653.206
1999	644.787
2000	841.002
2001	1.058.902
2002	1.059.356
2003	703.542
2004	957.883
2005	1.122.257
2006	1.266.129
2007	1.052.415
2008	1.107.126
2009	1.130.818
2010	1.04.625
2011	1.062.040

Quelle: Department of Homeland Security, Yearbook of Immigration Statistics: 2011.

Schließlich werden über ein Losverfahren (Diversity Lottery) jährlich 55.000 Visa an Bewerber erteilt, aus deren Heimatländern in den vergangenen fünf Jahren nicht mehr als 50.000 Menschen in die USA eingewandert sind. Eine Liste mit entsprechenden Ländern wird jedes Jahr vor Beginn des Losverfahrens vom Ministerium veröffentlicht. Im Jahr 2011 lag das Zulassungslimit bei 3.500 Personen pro Land. Über diese Zuwanderungsmöglichkeiten hinaus gibt es eine Vielzahl von Visumskategorien innerhalb derer befristete Aufenthaltsgenehmigungen an so genannte »Nicht-Immigranten« (nonimmigrants [sic!]) erteilt werden können. Die Zahl dieser Visa ist begrenzt. So werden beispielsweise jedes Jahr 65.000 befristete Visa für hochqualifizierte Arbeitskräfte (H-1B-Visa) ausgegeben (plus 20.000 zusätzliche Visa für

ausländische Absolventen von US-Universitäten) sowie 66.000 Arbeitsvisa (H-2B-Visa) für Saisonarbeiter bzw. Arbeitskräfte, die benötigt werden, um einen vorübergehenden Arbeitskräftemangel in folgenden Bereichen auszugleichen: Baugewerbe, Gesundheitswesen, Landschaftsgärtnerei, Forstwirtschaft, Fertigung, Nahrungsmittelverarbeitung und Hotelgewerbe. Nach Schätzungen des Heimatschutzministeriums wurden 2011 159 Millionen »Nicht-Immigranten« zugelassen. Von diesen waren 85% Touristen und Geschäftsreisende.

Einwanderungsbewegungen

Die Zahl der Personen pro Jahr, die eine permanente Aufenthaltserlaubnis erhalten, steigt seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich an. In den 1950er Jahren waren es durchschnittlich 250.000 Personen im Jahr; im Zeitraum von 2000 bis 2011 lag diese Zahl vierfach höher, bei knapp über einer Million pro Jahr.

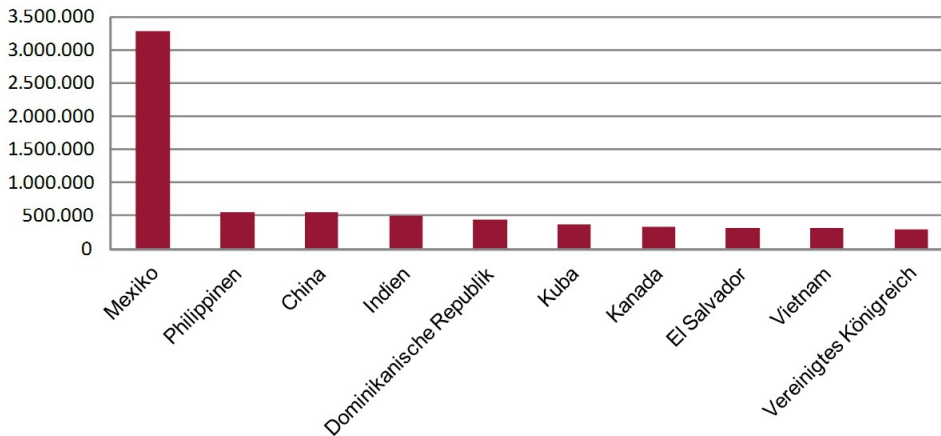
Im Jahr 2011 erhielten 1.062.040 Personen eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung (LPR status). Von diesen waren 481.948 (45,4%) Neuzuwanderer. Die übrigen 580.092 Personen (54,6%) hatten bereits mit einem anderen Aufenthaltstitel in den USA gelebt und vollzogen lediglich einen Statuswechsel. Insgesamt 688.089 (64,8%) Personen erhielten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus im Zuge der Familienzusammenführung, 139.339 Personen (13,1%) im Rahmen der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung, 50.103 (4,7%) im Zuge des Losverfahrens (Diversity Lottery), weitere 168.460 (15,9%) im Rahmen der Bestimmungen für Flüchtlinge und Asylberechtigte, der Rest entfiel auf eine andere Einwanderungskategorie (vgl. Abb. 1). Die drei häufigsten Geburtsländer von neuen Daueraufenthaltsberechtigten (LPRs) waren Mexiko (14%), China (8,2%) und Indien (6,5%).⁶

Die Einwandererbevolkerung

Am 1. Januar 2010 lebten geschätzte 12,6 Millionen Personen mit dauerhafter Aufenthaltsberechtigung (LPRs) in den USA. Von diesen erfüllten 8,1 Millionen die Bedingungen, um sich einbürgern zu lassen. 26% der LPRs stammen aus Mexiko, damit war dieses Land das Hauptherkunftsland von permanenten Einwanderern in den USA, gefolgt von den Philippinen, China, Indien und der Dominikanischen Republik.⁷

In den vergangenen Jahren ist die Einwandererbevolkerung in den USA stark angewachsen. 1990 lebten 19,8 Millionen im Ausland geborene Personen (foreign-born) in den USA, im Jahr 2000 bereits 31 Millionen und im Jahr 2010 rund 40 Millionen; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt heute bei 13% (Stand: 2010). Die Mehrheit (53%) der im Ausland geborenen Personen stammt aus Lateinamerika. 28% wurden in Asien geboren, 12% in Europa, 4% in Afrika und 2% in Nordamerika. Der Anteil der im Ausland geborenen Personen aus Ozeanien lag bei weniger als 1%. Von den insgesamt 21,2 Millionen in Lateinamerika geborenen Einwohnern der USA stammten 11,7 Millionen (55%) aus Mexiko. Damit war Mexiko das Hauptgeburtsland von im Ausland Geborenen – 29% aller im Ausland geborenen Personen in den USA stammten aus diesem Land.

Abb. 2: Die 10 wichtigsten Herkunftsländer der LPR-Bevölkerung im Jahr 2010

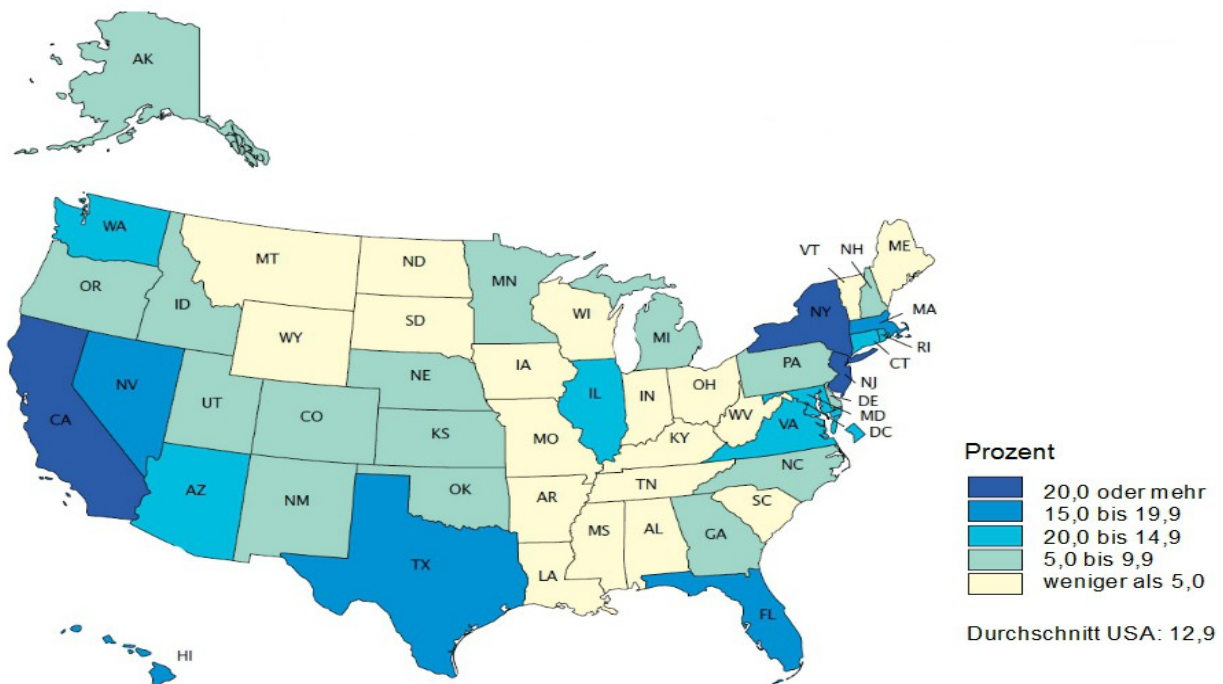


Quelle: Eigene Darstellung der Redaktion basierend auf Rytina (2011, p.4).

Geographisch konzentriert sich die im Ausland geborene Bevölkerung vor allem auf die Staaten Kalifornien, New York, Texas und Florida. Im Jahr 2010 lebte hier die Hälfte aller im Ausland geborenen Personen. Während der Anteil der im Ausland Geborenen an der Gesamtbevölkerung in einigen Staaten wie West Virginia (1% der Gesamtbevölkerung) sehr niedrig ist, stellen im Ausland geborene Personen einen hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung anderer Staaten wie

z.B. Kalifornien (27%), New York (22%) oder New Jersey (27%). So genannte »ethnische Minderheiten« (ethnic minorities) haben einen signifikanten Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur der USA. Aufgrund von Einwanderung und Geburten wachsen ethnische Minderheiten – allen voran die hispanische Bevölkerung (Hispanics) – schneller als die »weiße« (white) Bevölkerung der USA. Im Mai 2012 gab die US-amerikanische Statistikbehörde (U.S. Census Bureau) bekannt, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Minderheiten (zu diesen zählen alle Personen, die nicht in die Kategorie der »single-race non-Hispanic white« fallen) die Mehrheit (50,4%) der Bevölkerungsgruppe der Unter-Einjährigen in den USA stellten. Prognosen des Pew Hispanic Centers zufolge werden »nicht-hispanische Weiße« (non-Hispanic whites) im Jahr 2050 nur noch etwas weniger als die Hälfte (47%) der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten ausmachen.⁸

Abb. 3: Anteil der im Ausland geborenen Personen (foreign-born) an der Gesamtbevölkerung einzelner Bundesstaaten



Quelle: Grieco et al. (2012, S.4) [U.S. Census Bureau, American Community Survey, 2010]

Staatsbürgerschaft

Alle Personen, die in den USA geboren werden, erhalten automatisch die US-Staatsbürgerschaft. Menschen, die keine gebürtigen US-Staatsbürger sind, können die Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erlangen, für die sie eine Reihe von bestimmten Kriterien erfüllen müssen, die in der Einbürgerungsgesetzgebung (Immigration and Nationality Act - INA) festgelegt sind. Der Einbürgerungsprozess kann zwischen sechs Monaten und zwei Jahren dauern. Ein – legaler – Einwanderer, der eingebürgert werden möchte, muss mindestens 18 Jahre alt sein, mindestens fünf Jahre lang in den USA gelebt haben (drei Jahre, wenn die Person mit einem US-Staatsbürger verheiratet ist) und darf nicht vorbestraft sein. Außerdem muss ein Bewerber ausreichende Englischkenntnisse sowie Kenntnisse der Geschichte und des Regierungssystems der USA in einem Einbürgerungstest nachweisen.

Abb. 4: Einbürgerungen in den Jahren 1907 bis 2011



Quelle: Lee (2012, S. 1) [U.S. Department of Homeland Security, N.-400 naturalization data, Fiscal Years 1907 to 2011]

Historisch betrachtet sind weniger als die Hälfte aller Einwanderer in den USA letztlich amerikanische Staatsbürger geworden. Während die Zahl der im Ausland geborenen Personen im Laufe der letzten vier Jahrzehnte kontinuierlich gestiegen ist, hat im Vergleich dazu der Anteil der eingebürgerten Personen an der Einwandererbevolkerung deutlich abgenommen. Waren im Jahr 1970 noch 63,6% aller Einwanderer eingebürgert, so waren es 2008 nur noch 43%. Im Allgemeinen gilt, dass sich tendenziell mehr Personen einbürgern oder bereits einbürgern lassen haben, die bereits vor einigen Jahrzehnten in die USA eingewandert sind als Personen, die im Zuge neuerer Zuwanderungswellen in die USA kamen. Außerdem tendieren Personen mit höherem Bildungsabschluss, z.B. mit einem Bachelor, eher dazu, die US-ameri-

kanische Staatsbürgerschaft anzunehmen als Personen ohne Schulabschluss.⁹

Im Jahr 2011 erhielten insgesamt 694.193 Personen die Staatsbürgerschaft der USA. Dabei waren Personen aus Mexiko (94.783 Einbürgerungen), Indien (45.985), von den Philippinen (42.520), aus China (32.864) und Kolumbien (22.694) besonders häufig unter den ›Neustaatsbürgern‹ vertreten. Die meisten Personen, die sich 2011 einbürgern ließen, lebten in Kalifornien (151.183 Einbürgerungen), Florida (87.309) und New York (76.603).¹⁰

Integration

Debatten über die Integration von Neuzuwanderern sowie die daraus folgenden Herausforderungen für die USA konzentrieren sich maßgeblich auf Hispanic Americans (Amerikaner lateinamerikanischen Ursprungs) und insbesondere auf die Mexikaner.

Die diskutierten Themen sind vielfältig und umfassen auch kontroverse Thesen wie jene, die Samuel Huntington in seinem Buch »Who Are We? The Challenges to America's National Identity« (deutscher Titel: »Wer sind wir? Die Krise der amerikanischen Identität«) vertritt. Huntington argumentiert, dass die gegenwärtige Zuwanderung mexikanischer Immigranten eine größere Herausforderung darstellt als die frühere Einwanderung von Iren, Juden und Italienern und sich auch grundsätzlich von dieser unterscheidet. Er stellt die These auf, dass ähnliche Erfolge bei der Assimilation früherer Zuwanderer für die lateinamerikanischen Zuwanderer wenig wahrscheinlich seien, da es Probleme durch die direkte Nachbarschaft zu Mexiko, den Umfang der Zuwanderung, ihre Irregularität, ihre regionale Konzentration und ihr Andauern sowie durch die historische Präsenz von Mexikanern in den südlichen Staaten der USA gäbe. Diese Betrachtungsweise ist vielfach kritisiert worden.

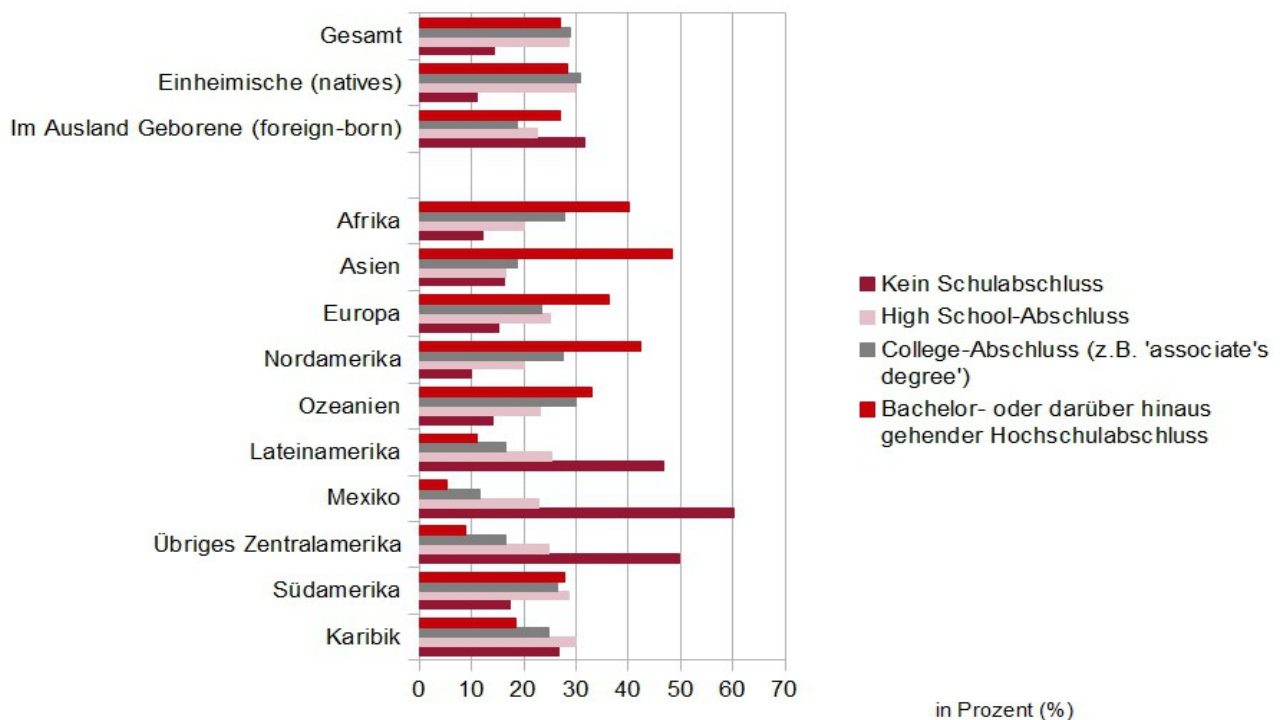
Im Gegensatz zu Huntingtons These weisen Wissenschaftler darauf hin, dass der Einwanderungsprozess von Mexikanern durchaus den Mustern früherer Einwanderungswellen zu folgen scheint. Zum Beispiel sei das Phänomen, wonach ein Großteil der Neuankömmlinge aus Mexiko zu einer Bevölkerungsgruppe gehört, die, obwohl sie Arbeit hat, arm ist und geringe Aussichten auf einen Job außerhalb des Niedriglohnssektors hat, nicht neu: Zu Beginn des letzten Jahrhunderts standen polnische und italienische Einwanderer vor den gleichen Herausforderungen. Daher ist zu hoffen, dass auch bei erschwerem Zugang zu höherer Bildung und damit besseren Berufsaussichten ausreichend Spielraum bleibt, der es der mexikanisch-stämmigen Bevölkerung ermöglicht, sich auf der Ebene der Arbeiterschicht in die US-Gesellschaft zu integrieren. Viele Kinder von mexikanischen Einwanderern wachsen in Gemeinschaften auf, die zwar arm, aber dennoch gut in den örtlichen Arbeitsmarkt integriert sind. Dadurch bieten sich Kontakte und Zugang zu Arbeitsplätzen, die eine zentrale Rolle bei der weiteren Integration spielen.¹¹

Bildungsabschlüsse sind für die Einwandererbevolkerung von entscheidender Bedeutung, da sie oftmals eng mit den Berufsaussichten und erfolgreicher Integration korrelieren. Während 2010 89% der einheimischen Bevölkerung (native population) über 25 über einen weiterführenden Schulabschluss (High School diploma) verfügte, war dies nur bei 68% der im Ausland geborenen Bevölkerung der Fall. Die Betrachtung höherer Bildungsabschlüsse zeigt jedoch, dass sich in diesem Bereich die im Ausland geborene und die einheimische Bevölkerung angleichen. So hatten 27% der im Ausland Geborenen und 28% der Einheimischen mindestens einen Bachelor-Abschluss erreicht.¹²

In Bezug auf die Arbeitsmarktintegration zeigen Beschäftigungsstatistiken, dass die im Ausland geborene Bevölkerung eine höhere Erwerbsquote aufweist als die einheimische Be-

leistungs- und Bausektor sowie im produzierenden Gewerbe tätig. Gleichzeitig sind sie unter leitenden Angestellten und Fachpersonal unterrepräsentiert (im Ausland Geborene: 28,6%; Einheimische: 37,4%). Zwischen den einzelnen ethnischen Minderheiten bestehen in Bezug auf die Arbeitsmarktintegration große Unterschiede. Insgesamt sind in Lateinamerika geborene Personen, allen voran Mexikaner, im Vergleich zu allen anderen Herkunftsregionen am seltensten in Management-Positionen, in privatwirtschaftlichen Betrieben, in der Wissenschaft und im künstlerischen Bereich vertreten, dafür aber besonders häufig im Dienstleistungs-, Produktions- und Bausektor. Darüber hinaus bilden gebürtige Lateinamerikaner auch diejenige ethnische Minderheit mit der höchsten Armutsquote: 24% dieser Gruppe gelten als arm, unter Einheimischen hingegen nur 15%.¹³

Abb. 5: Bildungsabschlüsse in der einheimischen und der im Ausland geborenen Bevölkerung der USA



Quelle: Grieco et al. (2012, S. 16) [U.S. Census Bureau, American Community Surveys, 2010]

völkerung (69% gegenüber 64%). Es bestehen jedoch große Unterschiede zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und der von Frauen. So liegt die Erwerbsquote von im Ausland geborenen Männern (79%) deutlich höher als die Erwerbsquote von einheimischen Männern (68%), während im Ausland geborene Frauen eine niedrigere Erwerbsquote (57%) aufweisen als einheimische Frauen (60%). Im Ausland geborene Arbeiter sind häufiger als Einheimische im Dienst-

Ergebnisse des American Community Surveys (ACS)¹⁴ aus dem Jahr 2010 zeigen, dass 85% aller im Ausland geborenen Personen eine andere Sprache als Englisch zu Hause sprechen. In der einheimischen Bevölkerung ist dies nur bei 10% aller Personen der Fall. Die Mehrheit der im Ausland Geborenen spricht jedoch Englisch entweder »gut« oder »sehr gut«. Auch hier gibt es wieder Unterschiede zwischen den einzelnen ethnischen Gruppen. So sprechen 70% der im

Ausland Geborenen aus Europa, Nordamerika, Afrika und Ozeanien »sehr gut Englisch. Dies gilt hingegen nur für 53% der in Asien Geborenen und für 37% der in Lateinamerika geborenen Bevölkerung. Eine von zehn im Ausland geborenen Personen beherrscht die englische Sprache »überhaupt nicht« (Stand: 2010). Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahren zunehmend Druck ausgeübt wird, Englisch offiziell zur Amtssprache in den USA zu ernennen, was gegenwärtig nicht der Fall ist. Beispielsweise forderten im Jahr 2007 Anträge des Senats die Bundesbehörden dazu auf, die Stellung der englischen Sprache zu bewahren und zu fördern. Wenngleich nicht ausgeschlossen werden soll, dass Informationen auch in einer anderen Sprache als Englisch abgefasst werden können, soll jedoch klargestellt werden, dass die Bürger keinen Rechtsanspruch auf solche Leistungen haben. Während auf nationaler Ebene bislang keine offizielle Sprachregelung getroffen worden ist, hatten bis 2010 bereits 31 Staaten eine diesbezügliche Gesetzgebung verabschiedet und Englisch als offizielle Amtssprache eingeführt.¹⁵

Flucht und Asyl

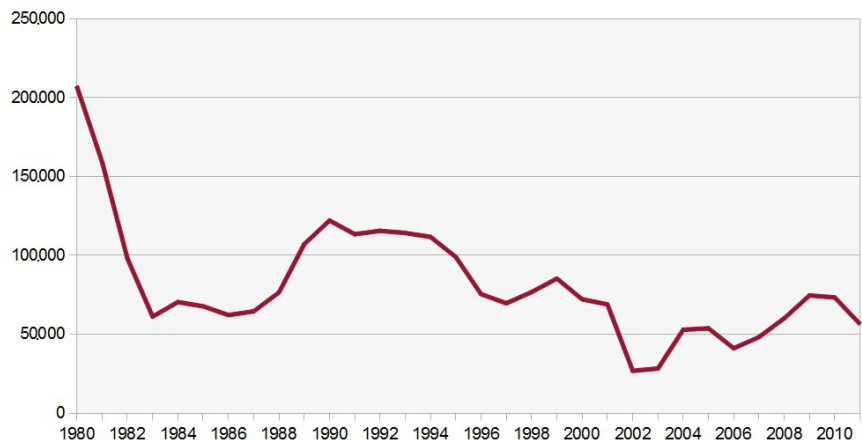
Die Kategorien Flucht und Asyl sind insofern gleichzusetzen, als sie Nicht-Amerikanern offen stehen, die nicht in der Lage sind, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, da sie dort, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, oder wegen ihrer politischen Meinung, verfolgt werden – oder die begründete Befürchtung davor besteht.

Während jedoch Flüchtlinge eine Einwanderung von außerhalb der USA beantragen, stellen Asylbewerber ihren Antrag innerhalb des Landes bzw. am Ort der Einreise. Personen, denen Flüchtlings- oder Asylstatus zuerkannt wird, erhalten eine Arbeitsgenehmigung und beide Gruppen können sich nach einem Jahr ununterbrochenen Aufenthalts um eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bewerben.¹⁶

Die jährliche Quote für die Anerkennung von Flüchtlingen wird jedes Jahr vom Präsidenten in Absprache mit dem Kongress festgelegt. Sie ist in den letzten Jahren deutlich herabgesetzt worden. Im Jahr 1980, als erstmals eine Obergrenze für die Anerkennung eingeführt wurde, lag diese bei 231.700 Personen pro Jahr. Zwischen 2003 und 2007 lag sie bei 70.000 Personen, seit 2008 werden jährlich 80.000 Flüchtlinge aufgenommen. Für Asylberechtigte gibt es bislang keine Quotenregelung.

2011 wurden insgesamt 56.384 Flüchtlinge aufgenommen. Die Hauptherkunftsländer waren Burma (30%), Bhutan (27%) und Irak (17%). Zusätzlich wurde im selben Jahr 24.988 Personen Asyl gewährt. Diese kamen hauptsächlich aus China (24%), Venezuela (4,4%), Äthiopien (4,3%), Ägypten

Abb. 6: Aufgenommene Flüchtlinge: Geschäftsjahre 1980 bis 2011



Anmerkung: Erfassung der Daten seit dem Flüchtlingsgesetz (Refugee Act) von 1980. Personen amerikanisch-asiatischer Abstammung (Amerasian) werden mit Ausnahme der Jahre 1989 bis 1991 nicht erfasst.

Quelle: Department of Homeland Security, Yearbook of Immigration Statistics: 2011 [U.S. Department of State, Bureau of Population, Refugees, and Migration (PRM), Worldwide Refugee Admissions Processing System (WRAPS), Fiscal Years 1980 to 2011.]

ten (4,1%) und Haiti (3,5%). Staatsbürger aus diesen fünf Ländern stellten mehr als die Hälfte aller Personen, denen im Jahr 2011 Asyl zugesprochen wurde.¹⁷

Die US-Flüchtlingspolitik ist gerade in den vergangenen Jahren heftig kritisiert worden, insbesondere wegen der geringen Zahl an aufgenommenen Flüchtlingen. In den 1990er Jahren wurden durchschnittlich 100.000 Flüchtlinge pro Jahr aufgenommen; im Zeitraum von 2000 bis 2006 lag dieser Durchschnitt bei 50.000, deutlich unterhalb der vorgegebenen Höchstgrenze. Dieser deutliche Rückgang resultierte aus verschärften Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 sowie strengerer Kriterien für das Ausstellen einer Asylberechtigung. Zwischen 2006 und 2010 nahm die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge wieder zu. Sie erreichte 73.293 im Jahr 2010.

Irreguläre Zuwanderung

Schätzungsweise 11,5 Millionen undokumentierte Einwanderer halten sich in den USA auf (Stand: Januar 2011), davon stammen 59% (6,8 Millionen) aus Mexiko. Weitere wichtige Herkunftsländer sind El Salvador (660.000 Undokumentierte), Guatemala (520.000), Honduras (380.000) und China (280.000). Insgesamt stammten 85% aller irregulären Einwanderer im Jahr 2011 aus nur zehn verschiedenen Herkunftsländern.¹⁸

Die Zahl illegal in den USA lebender Einwanderer nahm zwischen 1980 (ca. 2 bis 4 Millionen) und 2000 (8,5 Millionen) deutlich zu. Sie erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2007, als geschätzte 11,8 Millionen Personen ohne gültige Aufenthaltspapiere in den Vereinigten Staaten lebten. Laut Aussagen des Heimatschutzministeriums »ist es unwahrscheinlich, dass die Zahl der irregulären Einwanderer seit 2007 gestiegen ist vor dem Hintergrund relativ hoher Arbeits-

losigkeit in den USA, einer verbesserten Wirtschaftssituation in Mexiko, einer rekordverdächtig niedrigen Zahl von Festnahmen unautorisierter Einwanderer an den US-amerikanischen Landesgrenzen sowie insgesamt strengerer Grenzkontrollen.«¹⁹

Berechnung der Zahl irregulärer Einwanderer in den USA:

Geschätzte Zahl der im Ausland geborenen Bevölkerung am 1. Januar 2011: 33.600.000

Geschätzte Zahl der legalen Wohnbevölkerung (LPR population) am 1. Januar 2011: 22.090.000

Geschätzte Zahl irregulär in den USA lebender Personen am 1. Januar 2011: 11.510.000

Quelle: Hoefler/Rytina/Baker (2012)

Das Problem der irregulären Zuwanderung wird im Kontext von Sicherheitsbelangen heftig debattiert. Der Umstand, dass diese Einwanderer urkundlich nicht erfasst sind gilt insbesondere seit dem 11. September 2001 als problematisch.

Es wird vermutet, dass die überwiegende Mehrheit der undokumentierten Einwanderer legal eingereist ist und nach Ablauf ihrer Visa das Land nicht wieder verlassen hat oder illegal über die südliche Landesgrenze zu Mexiko in die USA gelangt ist.

Während der letzten 50 Jahre sind diverse, weitgehend vergebliche Versuche unternommen worden, irreguläre Einwanderung zu unterbinden. 1954 endete die Operation Wetback²⁰ mit der Abschiebung von über einer Million Mexikanern und US-Bürgern mexikanischer Abstammung (nämlich die in den USA geborenen Kinder irregulärer Einwanderer). Andere Maßnahmen, etwa die Operation Gatekeeper, die 1994 am Grenzabschnitt bei San Diego durchgeführt wurde, haben die Menschen lediglich dazu gezwungen, die Grenze an gefährlicheren Stellen zu überqueren, fernab des hochgesicherten westlichen Abschnitts.

Die Fehler im Gesetz zur Reformierung und Kontrolle der Zuwanderung (Immigration Reform and Control Act, IRCA) von 1986, das sich fast ausschließlich mit dem Problem der irregulären Einwanderung befasst, haben seinerzeit große Aufmerksamkeit erregt. Rund drei Millionen nichtregistrierte Einwanderer waren nach Maßgabe des IRCA legalisiert worden. Da es jedoch versäumt worden war, legale Wege der Einwanderung zu schaffen, um so dem hohen Bedarf an günstigen Arbeitskräften in der US-Wirtschaft nachzukommen, konnte die Zuwanderung irregulärer Migranten letztlich nicht gestoppt werden. Nach erfolgter Legalisierung ihres Aufenthaltes zogen die Familien und Verwandten der legalisierten Einwanderer anschließend nach – die meisten kamen aus Mexiko und Mittelamerika –, wodurch eine neuerliche Zuwanderungswelle ausgelöst wurde. Diese wiederum förderte eine einwanderungsfeindliche Haltung; insbesondere wurden Bedenken hinsichtlich des Zugangs zu Bildung, medizinischer Versorgung und Sozialleistungen geäußert.²¹

Die Kontrolle der Südgrenze der USA ist in den letzten Jahren Gegenstand ernsthafter Diskussionen gewesen, insbesondere in den an Mexiko angrenzenden US-Bundesstaaten. Versuche, die Ankunft weiterer nichtregistrierter Einwanderer durch Verstärkung von Grenzsperrungen in bestimmten Gebieten zu vermeiden haben potenzielle Einwanderer lediglich veranlasst, gefährlichere Wege zu wählen, um in die USA zu gelangen und zur Erhöhung der Todesfälle in Zusammenhang mit illegalen Grenzüberquerungen beigetragen.²²

Das Thema der irregulären Einwanderung lässt die Emotionen der breiten Öffentlichkeit bisweilen sehr hoch schlagen und so haben einige Privatleute bereits Gruppen gegründet, die die Grenze auf illegale Grenzübertritte hin überwachen. Es sind Vorwürfe geäußert worden, wonach einige dieser Gruppen mehr als Bürgerwehr denn als unabhängige Beobachter agieren. Es steht außer Frage, dass solche freiwilligen Grenzpatrouillen völlig inakzeptabel sind und dass die Kontrolle der Grenzen offiziellen Grenzbeamten überlassen werden muss. Jegliche Strategie zur Grenzkontrolle kann jedoch unter keinen Umständen isoliert funktionieren, sondern muss in eine umfassende Revision der Einwanderungspolitik eingebunden werden (siehe nachfolgendes Kapitel).

Aktuelle Debatten und zukünftige Herausforderungen

Umfassende Revision der Einwanderungsgesetzgebung (Comprehensive Immigration Reform)

Unter George W. Bush und Barak Obama (im Präsidentenamt seit 2008) sind alle Versuche einer umfassenden Reform der Einwanderungsgesetzgebung (bislang) gescheitert. Daher ist sie im Wahlkampf im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im November 2011 erneut ein Thema. Sowohl der Kandidat der Demokraten für das Amt des Staatsoberhauptes, Barak Obama, als auch sein republikanischer Herausforderer Mitt Romney verkündeten, dass sie im Falle eines Wahlsiegs umfassende Reformen der Einwanderungsgesetzgebung anstreben.

Präsidentschaftswahlen und die Stimmen der ›Latinos‹

Am 15. Juni 2012 gab Obama bekannt, dass seine Regierung keine jungen irregulären Einwanderer mehr abschieben werde, die vor dem 16. Lebensjahr in die USA gekommen sind, eine erfolgreiche Schullaufbahn vorweisen können oder in der Armee gedient haben und von denen keine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit ausgeht. Damit leitete Obama eine Wende in seiner Politik in Bezug auf irreguläre Migranten ein. Während seiner ersten beiden Jahre im Präsidentenamt wurden nämlich jährlich rund 400.000 undokumentierte Einwanderer abgeschoben, damit lag die Zahl der Abschiebungen rund 30% über dem Jahresdurchschnitt in der zweiten Legislaturperiode von George W. Bush. Diese restriktive migrationspolitische Haltung der Obama-Regierung stieß in der hispanischen Bevölkerung (Hispanic population) auf großen Widerstand. Diese hatte in den Präsidentschaftswah-

len im Jahr 2008 Obama mehrheitlich ihre Stimme gegeben, 67% der hispanischen Wähler stimmten damals für den Kandidaten der Demokraten.²³ Trotz einer missbilligenden Haltung gegenüber der Abschiebungs-Politik der Obama-Administration bevorzugen Hispanics laut Ergebnissen einer Studie des Pew Hispanic Centers den demokratischen Kandidaten gegenüber seinem Herausforderer Mitt Romney von den Republikanern.

Aufgrund der wachsenden Größe der hispanischen Bevölkerung in den USA haben ›Latinos‹ deutlich an politischem Einfluss gewonnen. Wie schon im Jahr 2008 könnten ihre Stimmen auch in der Präsidentschaftswahl im Herbst 2011 in einigen wichtigen umkämpften Staaten wie Colorado, New Mexiko oder Florida das entscheidende Zünglein an der Waage sein. Die Präsidentschaftskandidaten müssen deshalb versuchen, die Stimmen dieser Bevölkerungsgruppe für sich zu gewinnen. Wie eine Untersuchung des Pew Hispanic Centers gezeigt hat, interessieren sich registrierte hispanische Wähler vor allem für die Themen Arbeit, Bildung und Gesundheitsversorgung. Die heftig diskutierte und von vielen Seiten angefochtene Reform des Gesundheitswesens dominierte Großteile der Präsidentschaft Obamas.²⁴ Es wird erwartet, dass besonders ›Schwarze‹ und ›Latinos‹ von der 2010 verabschiedeten Gesundheitsreform (Affordable Health Care for America Act) profitieren werden. Ziel der Reform ist ein erleichterter Zugang zum Krankenversicherungsschutz besonders für Personengruppen mit mittlerem und niedrigem Einkommen zu denen auch ›Hispanics‹ und ›Schwarze‹ zählen.²⁵

Irreguläre Migration und der Einfluss der wirtschaftlichen Rezession auf die Einwanderung

Das Thema der irregulären Migration wird weiterhin eine Schlüsselrolle in der Debatte um Zuwanderung spielen, da es in engem Zusammenhang mit Sicherheitsfragen gesehen wird: Ein erfolgreicher gesetzlicher Vorstoß zur Reformierung der Einwanderungsgesetzgebung wird daher höchstwahrscheinlich eine deutliche Betonung auf die innere Sicherheit legen – nicht nur auf Grenzkontrollen, sondern auch auf die konsequente Sanktionierung von Arbeitgebern –, aber ebenso auf Möglichkeiten des Umgangs mit nichtregistrierten Einwanderern, die sich bereits in den USA aufhalten. Während es recht wahrscheinlich ist, dass sich Demokraten und Republikaner auf eine Regelung bei der Grenzkontrolle einigen können, dürften sich die Verhandlungen über den Umgang mit nichtregistrierten Einwanderern, die mittlerweile eine erhebliche Bevölkerungsgruppe ausmachen, deutlich schwieriger gestalten.

Allerdings zeigen aktuelle Statistiken, dass die irreguläre Einwanderung derzeit rückläufig ist, was sich vor allem auf einen Rückgang der irregulären Zuwanderung aus Mexiko zurückführen lässt. Einer der ausschlaggebenden Gründe für diese Entwicklung findet sich in der jüngsten Rezession, die die amerikanische Wirtschaft hart getroffen hat und mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in allen Branchen einherging, einschließlich jener Industriezweige wie dem Baugewerbe, die dafür bekannt sind, viele undokumentierte Einwanderer zu beschäftigen. Diese Wirtschaftskrise (Ende des Jahres 2007

bis Mitte 2009), der das Platzen der Immobilienblase 2006 vorausging, traf Minderheiten viel härter als die weiße Bevölkerung der USA. Zwischen 2005 und 2009 sank das Median Vermögen (median wealth) der Haushalte von Schwarzen um 53% und das hispanischer Haushalte um 66% verglichen mit einem Rückgang um 16% in Bezug auf die Haushalte weißer US-Bürger.²⁶

»Das Haushaltsvermögen (household wealth) ergibt sich aus der Differenz der Summe der finanziellen Güter und Sachwerte (Häuser, Autos, Ersparnisse und Bankkonten, Aktien und Investmentfonds, Rentenkonten etc.) abzüglich der Summe der Schulden (Hypotheken, Autokredite, Kreditkartenschulden etc.). Es unterscheidet sich vom Haushaltseinkommen, welches die jährlichen Einnahmen durch Gehälter, Zinsen, Profite und andere Einnahmequellen misst. Vermögensunterschiede zwischen Weißen, Schwarzen und Hispanics waren immer schon ausgeprägter als Einkommensunterschiede.«²⁷

Allgemein weisen Amerikas Minderheiten unverhältnismäßig hohe Armutsquoten auf. 2009 lag das Einkommen von 25,8% der Schwarzen und 25,3% der Hispanics unterhalb der Armutsgrenze, verglichen mit 12,5% der asiatischen und 9,4% der weißen US-amerikanischen Bevölkerung. Diese Ungleichheit auszugleichen ist eine der zukünftigen Herausforderungen der USA, deren Bevölkerung im Hinblick auf ihre ethnische Zusammensetzung zunehmend vielfältiger wird.

Vielfalt und damit verbundene Identitätsfragen

Die zunehmende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung der USA ist in den letzten Jahren verstärkt zum Thema öffentlicher Diskussionen geworden. Die Volkszählung im Jahr 2000 brachte die wachsende Bedeutung der hispanischen Bevölkerung ans Licht, die die afroamerikanische Bevölkerung inzwischen zahlenmäßig übersteigt und damit die größte Minderheit in den USA bildet. Bevölkerungsvorausrechnungen gehen davon aus, dass Hispanics im Jahr 2050 bereits 30,2% der US-amerikanischen Bevölkerung stellen werden.²⁸ Diese Entwicklung hat besonders in der weißen Mehrheitsbevölkerung Bedenken ausgelöst, die sich in teilweise heftig geführten Debatten um die nationale Identität widerspiegeln.²⁹ Trotz dieser Kontroversen sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die USA weiterhin mit Stolz auf ihre Geschichte als Einwanderungsland blicken. Es erscheint unwahrscheinlich, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird.

Anmerkungen

- ¹ Ngai (1999).
- ² Durand et al. (1999).
- ³ Im Bereich der Einwanderungspolitik ist das US-Geschäftsjahr (von Oktober bis September) gemeint.
- ⁴ Dieser Abschnitt basiert auf Jefferys (2007b).
- ⁵ Die tatsächliche Quote wird jedes Jahr auf eine komplizierte Weise errechnet. Die Kalkulationen berücksichtigen die Zahl der Personen, die im vorigen Jahr in bestimmten Zulassungskategorien (z.B. direkte Verwandte von US-Bürgern, für die es keine Zulassungsbe-grenzung gibt) den LPR-Status bekommen haben. Die Zulassungs-quote für die Präferenzkategorien der Familienzusammenführung darf nicht geringer als 226.000 sein. Wenn die berechnete Quote weniger als 226.000 beträgt, wird sie standardgemäß bei 226.000 festgelegt. Siehe Jefferys (2007b).
- ⁶ Monger/Yankay (2012).
- ⁷ Rytina (2011).
- ⁸ Passel/Livingston/Cohn (2012).
- ⁹ Kandel (2011).
- ¹⁰ Lee (2012).
- ¹¹ Waldinger et al. (2007).
- ¹² Grieco et al. (2012).
- ¹³ Grieco et al. (2012).
- ¹⁴ Der American Community Survey ist eine seit 2005 jährlich von der US-amerikanischen Statistikbehörde durchgeführte Erhebung zur Ergänzung der alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählungen (Census).
- ¹⁵ Grieco et al. (2012), Informationen zur Initiative »U.S. English«: <http://www.us-english.org/>
- ¹⁶ Für eine Übersicht zu den Bestimmungen im Bereich Flucht und Asyl, siehe Jefferys (2007a).
- ¹⁷ Martin/Yankay (2012).
- ¹⁸ Hoefer/Rytina/Baker (2012).
- ¹⁹ Hoefer/Rytina/Baker (2012, p. 1). Übersetzung ins Deutsche durch die Redaktion.
- ²⁰ »Wetback« ist eine abschätzige Bezeichnung für einen illegal ein-wandernden Mexikaner, der den Rio Grande – bisweilen schwim-mend – durchquert, um in die USA zu kommen.
- ²¹ Durand et al. (1999), Gonzalez Baker (1997).
- ²² Schätzungen zufolge sind im Zeitraum von 1994 bis Juli 2009 zwi-schen 3.800 bis 5.600 Personen beim Versuch eines illegalen Grenzübertritts ums Leben gekommen (Jimenez 2009).
- ²³ Lopez (2008).
- ²⁴ Lopez et al. (2011).
- ²⁵ Ross (2012).
- ²⁶ Kochhar/Fry/Taylor (2011).
- ²⁷ Kochhar/Fry/Taylor (2011). Übersetzung ins Deutsche durch die Redaktion.
- ²⁸ Shrestha/Heisler (2011).
- ²⁹ Die Angst vor dem Einfluss der Einwanderung aus Lateinamerika auf die nationale Identität der USA spiegelt sich in Samuel Hunting-ton's Buch »Wer sind wir? Die Krise der amerikanischen Identität« wider.

Der Autor:

Nicholas Parrott arbeitet als unabhängiger Wissenschaftler in Washington, D.C. Er hat einen BA-Abschluss der University of Cambridge und einen MA-Abschluss des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.

E-Mail: nicholasparrott@yahoo.co.uk

Die aktualisierte Version des Länderprofils USA wurde in Abstimmung mit dem Autor im Juli 2012 von der Redaktion erstellt.

Literatur

- Abraham, S. and Hamilton, L. H. (Co-Chairs) (2006): Immigration and America's Future: A new chapter – Report of the Independent Task Force on Immigration and America's Future. Washington: Migration Policy Institute.
- Durand, J./Massey, D./Parrado, E. (1999): The New Era of Mexican Migration to the United States. *The Journal of American History*, Jg. 86, Nr. 2, S. 518-536.
- Diner, H. (2008): Immigration and U.S. History. (Online abrufbar unter: <http://www.america.gov/st/peopleplace-english/2008/February/20080307112004ebyesse-do0.1716272.html>; Zugriff: 12.7.2012)
- Fischel, S. (2007): The American Immigration System: An Overview. Präsentation im Rahmen des Workshops »German and European Migration and Immigration Policy from a Transatlantic Perspective: Challenges for the 21st Century«. Humboldt Institution on Transatlantic Issues, Berlin, 24. Februar 2007.
- Glazer, N. (1998): The Incorporation of Immigrants in the United States. In: M. Weiner/T. Hanami (Hrsg.): *Temporary Workers or Future Citizens? Japanese and U.S. Migration Policies*. Basingstoke: Macmillan, S. 56-76.
- Gonzalez Baker, S. (1997): The 'Amnesty' Aftermath: Current Policy Issues Stemming from the Legalization Programs of the 1986 Immigration Reform and Control Act. *International Migration Review*, Jg. 31, Nr. 1, S. 5-27.
- Grieco, E. M. et al. (2012): The Foreign-Born Population in the United States: 2010. American Community Survey Reports, Mai. (Online abrufbar unter: <http://www.census.gov/prod/2012pubs/acs-19.pdf>; Zugriff: 12.7.2012)
- Hoefer, M./Rytina, N./Baker, B. (2012): Estimates of the Unauthorized Immigrant Population Residing in the United States: January 2011. Population Estimates, DHS Office of Immigration Statistics, März. (Online abrufbar unter: http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/ois_ill_pe_2011.pdf; Zugriff: 12.7.2012)
- Huntington, S. P. (2004): The Hispanic Challenge. Foreign Policy. März-April 2004.

- Huntington, S. P. (2004): *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*. New York: Simon & Schuster.
- Jacoby, T. (2006): *Immigration Nation*. Foreign Affairs, November/Dezember 2006.
- Jaynes, G. D. (2000): *Introduction: Immigration and the American Dream*. In: G.D. Jaynes (Hrsg.): *Immigration and Race: New Challenges for American Democracy*. New Haven: Yale University Press, S. 1-43.
- Jefferys, K. (2007a): *Refugees and Asylees: 2006. Annual Flow Report*. DHS Office of Immigration Statistics.
- Jefferys, K. (2007b): *U.S. Legal Permanent Residents: 2006. Annual Flow Report*. Office of Immigration Statistics, Department of Homeland Security.
- Jimenez, M. (2009): *Humanitarian Crisis: Migrant Deaths at the U.S. – Mexico Border*. ACLU of San Diego & Imperial Counties, Mexico's National Commission of Human Rights (Hrsg.). (Online abrufbar unter: <http://www.aclu.org/files/pdfs/immigrants/humanitarian-crisisreport.pdf>; Zugriff: 17.7.2012)
- Jiménez, T. (2011): *Immigrants in the United States: How Well Are They Integrating into Society?* Robert Schuman Centre for Advanced Studies/Migration Policy Institute (Hrsg.): *Improving US and EU Immigration Systems*. (Online abrufbar unter: <http://www.migrationpolicy.org/pubs/integration-jimenez.pdf>; Zugriff: 12.7.2012)
- Joppke, C. (1999): *Immigration and the Nation-State: The United States, Germany and Great Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Kandel, W. A. (2011): *The U.S. Foreign-Born Population: Trends and Selected Characteristics*. CRS Report for Congress. Congressional Research Service. (Online abrufbar unter: <http://www.fas.org/sgp/crs/misc/R41592.pdf>; Zugriff: 16.7.2012)
- Kochhar, R./Fry, R./Taylor, P. (2011): *Wealth Gaps Rise to Record Highs Between Whites, Blacks, Hispanics*. Pew Social & Demographic Trends, Juli. (Online abrufbar unter: <http://www.pewsocialtrends.org/2011/07/26/wealth-gaps-rise-to-record-highs-between-whites-blacks-hispanics/>; Zugriff: 12.7.2012)
- Lee, J. (2012): *U.S. Naturalizations: 2011. Annual Flow Report*. DHS Office of Immigration Statistics, April. (Online abrufbar unter: http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/natz_fr_2011.pdf; Zugriff: 12.7.2012)
- Legrain, P. (2006): *Immigrants: Your Country Needs Them*. St Ives: Little, Brown.
- Lopez, M.H. (2008): *The Hispanic Vote in the 2008 Election*. Pew Hispanic Center. (Online abrufbar unter: <http://www.pewhispanic.org/files/reports/98.pdf>; Zugriff: 18.7.2012)
- Lopez, M.H./Gonzalez-Barrera, A./Motel, S. (2011): *As Deportations Rise to Record Levels, Most Latinos Oppose Obama's Policy. President's Approval Rating Drops, but Obama Has a Big Lead over 2012 GOP Rivals*. Pew Hispanic Center (Online abrufbar unter: <http://www.pewhispanic.org/files/2011/12/Deportations-and-Latinos.pdf>; Zugriff: 18.7.2012)
- Margon, S. (2004): *Naturalization in the United States*. Migration Information Source. Migration Policy Institute, Washington.
- Martin, D. C./Yankay, J. E. (2012): *Refugees and Asylees: 2011. Annual Flow Report*. DHS Office of Immigration Statistics, Mai. (Online abrufbar unter: http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/ois_rfa_fr_2011.pdf; Zugriff: 6.6.2012)
- Martin, P.L./Duignan, P. (2003): *Making and Remaking America – Immigration into the United States*. Hoover Essays, Nr. 25.
- Monger, R./Yankay, J. (2012): *U.S. Legal Permanent Residents: 2011. Annual Flow Report*. DHS Office of Immigrant Statistics, April. (Online abrufbar unter: http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/lpr_fr_2011.pdf; Zugriff: 12.7.2012)
- Ngai, M. (1999): *The Architecture of Race in American Immigration Law: A Reexamination of the Immigration Act of 1924*. *The Journal of American History*, Jg. 86, Nr. 1, S. 67-92.
- Passel, J.S./Cohn, D'V. (2011): *Unauthorized Immigrant Population: National and State Trends, 2010*. Pew Hispanic Center (Hrsg.), Washington, D.C. (Online abrufbar unter: <http://pewhispanic.org/files/reports/133.pdf>; Zugriff: 12.7.2012)
- Passel, J./Livingston, G./Cohn, D'V. (2012): *Explaining Why Minority Births Now Outnumber White Births*. *Pew Social & Demographic Trends*, Mai. (Online abrufbar unter: <http://www.pewsocialtrends.org/2012/05/17/explaining-why-minority-births-now-outnumber-white-births/>; Zugriff: 13.7.2012)
- Ross, J. (2012): *Supreme Court Upholds Affordable Care Act, a Boon to Minority Health in the U.S.*, *HuffPost Latino-voices online*, 28.6.2012.
- Rytina, N. (2011): *Estimates of the Legal Permanent Resident Population in 2010*. *Population Estimates of the DHS Office of Immigrant Statistics*, Oktober. (Online abrufbar unter: http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/ois_lpr_pe_2010.pdf; Zugriff: 12.7.2012)
- Shrestha, L. B./Heisler, E. J. (2011): *The Changing Demographic Profile of the United States*, CRS Report for Congress. Congressional Research Services. (Online abrufbar unter: <http://www.fas.org/sgp/crs/misc/RL32701.pdf>; Zugriff: 12.7.2012)
- Waldinger, R./Lim, N./Cort, D. (2007): *Bad Jobs, Good Jobs, No Jobs? The Employment Experience of the Mexican American Second Generation*. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 33, Nr. 1, S. 1-35.

Internet-Quellen

Pew Hispanic Centre
<http://pewhispanic.org/>

U.S. Census Bureau
<http://www.census.gov/>

U.S. Census 2010
<http://2010.census.gov/2010census/>

U.S. Citizenship and Immigration Services
<http://uscis.gov>

U.S. Customs and Border Protection
<http://www.customs.gov/>

U.S. Department of Homeland Security,
Immigration Statistics
<http://www.dhs.gov/ximgtn/statistics>

U.S. Library of Congress
<http://thomas.loc.gov>

Weiterführende Links

American Immigration Lawyers Association
<http://www.aiala.org/>

National Council of La Raza:
<http://www.nclr.org/>

National Immigration Forum
<http://immigrationforum.org>

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück, Tel.: +49 (0)541 969 4384, Fax: +49 (0)541 969 4380, E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 53113 Bonn, Dienstsitz Berlin, Friedrichstraße 50, 10117 Berlin, unter Mitwirkung des Netzwerks Migration in Europa e. V.

Redaktion: Vera Hanewinkel, Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (verantw.)

Die Erstellung der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) erfolgt in Kooperation der o.a. Partner. Der Inhalt der Länderprofile und Kurzdossiers gibt nicht unbedingt die Ansicht der Herausgeber wieder. Der Abdruck von Auszügen und Grafiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: www.bpb.de, www.imis.uni-osnabrueck.de, www.migration-info.de, www.network-migration.org
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: www.focus-migration.de